



Arbeiterinnen in einer Hamburger Gummifabrik (1958): „Der Überfluß der Reichen bedingt die Bedürftigkeit der Vielen“

BPK

Das Kapital ist ein Chamäleon

Dem Kapitalismus scheint im Zeitalter der Globalisierung die Zukunft ganz allein zu gehören. Die Marktwirtschaft pur ist allerdings vom eigenen Erfolg gefährdet: Was passiert mit einer Industriegesellschaft, der die Arbeit ausgeht? Von Michael Schmidt-Klingenberg

Kann der Kapitalismus weiterleben?“ fragte der Professor und kam damit gleich zum Thema seines Vortrags vor angehenden Regierungsbeamten in Washington. Die Antwort folgte schon im nächsten Satz: „Nein, meine Damen und Herren, er kann es nicht.“

Noch gut 50 Jahre gab der Professor dem System, dann werde es an seinem eigenen Erfolg zugrunde gehen und sich mit zunehmender Geschwindigkeit zum Sozialismus hin entwickeln. Es war der 18. Januar 1936.

Ziemlich genau ein halbes Jahrhundert danach fiel bekanntlich das sozialistische System in sich zusammen, und der Kapitalismus triumphierte als Sieger der Geschichte.

Am Irrtum des Professors wäre nichts Bemerkenswertes, denn schließlich hatten im Gefolge von Karl Marx schon viele Wissenschaftler das unvermeidliche Ende der Kapitalherrschaft bewiesen. Doch dieser Untergangsprophet war ein glühender Ver-

fechter des Kapitalismus pur: der aus Österreich emigrierte Nationalökonom Joseph Schumpeter. Der Erfinder der „schöpferischen Zerstörung“ durch den innovativen Unternehmer ist bis heute den Anhängern der liberalen Marktwirtschaft ein gern zitiertes Vorbild.

Zäh und wendig schlängelt sich dieses System durch Krisen und Katastrophen, ersteht immer wieder neu und läßt alle alt aussehen, die seinen Fall fürchten oder herbeisehnen.

Nach der Überwindung des Sozialismus durch sich selbst gibt es keine Konkurrenz für den Kapitalismus mehr. Das große Wort führen jetzt die Verfechter einer Marktwirtschaft, denen selbst das Beiwort sozial zuviel ist. Niemals in den zwei Jahrhunderten seiner Geschichte herrschte die Wirtschaftsordnung des Industriezeitalters so unbestritten und ohne Alternative.

Aber wohin soll der nächste Schritt kapitalistischer Entwicklung führen? Wieder zwei Schritte zurück in die raue Welt des

unbehinderten Wettbewerbs aller gegen alle – diesmal auf Weltniveau, alle Länder gegeneinander? Oder fordert die Zukunft einen ganz anderen Kapitalismus?

Wie auch immer die Wirtschaftsordnung dann aussehen mag, ein Problem muß sie gewiß lösen: Die Arbeit selbst verschwindet demnächst – jedenfalls in den hochentwickelten Industriestaaten und in der Form der bisherigen Erwerbsarbeit. Das Kapital in Gestalt hochtechnologischer Maschinen, Roboter oder Computer verdrängt die Arbeiter aus den Fabrikhallen, die Angestellten aus den Büros.

Immer mehr wird Wissen zur Macht, sind Ideen das Kapital der Zukunft. Es gibt viel zu tun und viel zu verdienen mit dieser neuen Wissensarbeit, aber längst nicht für alle. Nur ein Drittel der bisherigen Erwerbstätigen, schätzen manche Experten, werden dort künftig noch Arbeit finden.

Was macht der Rest?

Der Markt wird das schon regeln; wenn die Löhne ausreichend fallen, findet sich



Schweißroboter bei Opel in Rüsselsheim (1996): Die Automatisierung nimmt zu, die Arbeit nimmt ab

WERKSFOTO

auch eine Nachfrage nach Arbeit – glauben die Optimisten des Kapitalismus. Wenn die Rechnung so aber nicht aufgeht oder wenn die Einkommen dann nicht mehr zum Leben reichen?

Eine Klassengesellschaft der anderen Art könnte drohen. Nicht mehr Kapital und Arbeit stehen sich gegenüber, sondern eine neue Überklasse mit ihrem Wissenskapital und die Masse der Nicht-Arbeiter. Für den Zusammenhalt der Gesellschaft könnte diese Kluft ebenso gefährlich werden wie die alten Klassenkämpfe des Frühkapitalismus.

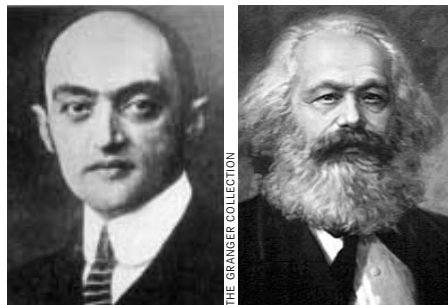
Auf dem Gipfel seines Erfolgs erwarten den Kapitalismus vielleicht wieder ganz ähnliche Krisen wie in seiner Jugendblüte, wenn auch auf entschieden höherem Niveau. Überproduktion und Verelendung der industriellen Reservearmee würden dem Ausbeutersystem irgendwann von selbst den Garaus machen, hatte Marx behauptet. Als eine Gesellschaft, die noch nie so reich und zugleich so arm an Arbeit war, könnte der Kapitalismus, wie Schumpeter schon vorhersagte, an seinem Sieg scheitern, nur ohne den Sozialismus als Erben.

Könnte er – aber vielleicht windet er sich auch über diese Krise hinweg: Die zerstörende Gewalt ist auch zugleich die Kraft des Kapitalismus, die Platz für Neues schafft.

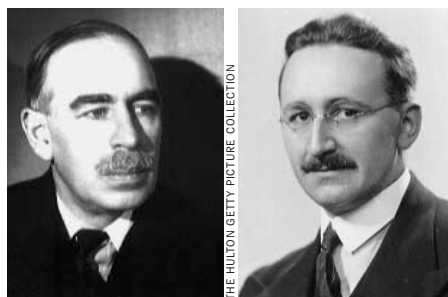
Seit es den Kapitalismus gibt, hat er angeblich keine Zukunft. Der Glasgower Professor Adam Smith, der 1776 in seinem Hauptwerk über den „Wohlstand der Na-

tionen“ die wunderbare Wirkung der „unsichtbaren Hand“ des Marktes enthüllte und bis heute als Schutzpatron des Kapitalismus gilt, sah das langfristige Schicksal dieser Wirtschaftsweise äußerst skeptisch.

Wenn das Kapital den Wohlstand eines Landes voll entwickelt hat, ist es nach



Kapitalismus-Theoretiker Schumpeter, Marx
„Der Fuchs weiß viele Dinge ...“



Konkurrenten Keynes, Hayek
... aber der Igel weiß eine große Sache“

Smith mit dem Wachstum vorbei, und bei weiter zunehmender Bevölkerung müßten sich immer mehr Menschen dieselbe oder gar schrumpfende Menge an Gütern teilen. Der Lebensstandard der Arbeiter werde unter das Existenzminimum sinken, denn, so Smith: „Der Überfluß der Reichen bedingt die Bedürftigkeit der Vielen.“

Nach der Weltwirtschaftskrise Anfang der dreißiger Jahre waren viele konservative Nationalökonomien überzeugt, daß der Kapitalismus am Ende sei. Werner Sombart, der in seiner Wirtschaftsgeschichte schon mit dem Ersten Weltkrieg die Epoche des Spätkapitalismus heraufbeschworen hatte, sah 1932 nur noch „die Planwirtschaft als den Grundgedanken der Zukunft“ – mit ein wenig Kapitalismus hier und da, unter der Führung „eines entschlossenen Willens zur Neuordnung des Wirtschaftslebens – stark, einheitlich, zielbewußt, klarsichtig“.

Diese Zukunftsprognose war immerhin für zwölf Jahre gut, bis der von Sombart empfohlene nationalsozialistische Ökonom Adolf Hitler Bankrott machte und der Kapitalismus als soziale Marktwirtschaft munter wieder auferstand.

Totgeschriebene leben länger. Weder die Parolen der Achtundsechziger („Kapitalismus führt zum Faschismus“) noch die Apokalypse der Ökologen („Das Ende des Wachstums“) haben dem System etwas anhaben können.

Nach dem schmachvollen Untergang des real-existierenden Sozialismus in der So-

wjet-Union und ihren Anhängseln wenden die Theoretiker des Kapitals die gescheiterte Geschichts-Utopie vom Endziel der klassenlosen Gesellschaft höhnisch ins Gegenteil: Das „Ende der Geschichte“, so der Bestseller des amerikanischen Regierungsberaters Francis Fukuyama aus dem Jahr 1992, ist mitnichten der Sozialismus, sondern ein marktwirtschaftlich-liberaler Welt-Staat mit unbegrenztem Wachstum.

Muß man sich da überhaupt noch Gedanken über die Zukunft des Kapitalismus machen?

Nur ein notorischer „Schwarzseher der Nation“ (FRANKFURTER RUNDSCHAU) sorgt sich wenigstens noch um die Kapitalisten.

Zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts

Industrielle Revolution

Innovationen wie Dampfmaschine, mechanische Webstühle oder Eisenbahnen machen die Fabrik zur vorherrschenden Produktionsstätte. Massen von Arbeitern kommen aus der Landwirtschaft in die neuen Großstädte, Kinderarbeit und 72-Stunden-Woche sind die Regel.



Amerikanische Weberei 1824

Günter Grass stellte sich in seiner Dresdner „Rede über den Standort“ ein „aktionsarmes Einpersonenstück nach Beckett-scher Manier“ vor: „Der vereinsamte Kapitalist“. Der vitale Überlebenskünstler fühlt sich siegreich allein gelassen. In seinen Angstträumen erscheint ihm „sein Zwillingbruder, der totesgesezte Kommunist“, und zieht ihn in die Grube: „Komm, Brüderchen, komm. Was willst Du da oben noch? Wir gehören zusammen. Ohne mich gehst Du an Dir zugrunde.“

Den Star für dieses kleine Schauerspiel hat der real-existierende Kapitalismus schon geliefert: George Soros, einer der erfolgreichsten Spekulanten des Jahrzehnts, der 1992 zum Beispiel das englische Pfund aus dem Europäischen Währungssystem trieb und sein Vermögen mit ähnlichen Aktionen inzwischen auf 2,5 Milliarden Dollar aufrundete.

Der „Laissez-faire-Kapitalismus“, dem der gebürtige Ungar seinen Reichtum verdankt, werde die Welt in den Zusammenbruch treiben, beklagte er Anfang dieses Jahres im ATLANTIC MONTHLY und beschrieb die Gemeinsamkeit der Zwillingbrüder so: „Alle versuchen, ihren Anspruch auf letzte Wahrheit mit einem Rückgriff auf die Wissenschaft zu rechtfertigen.“

Die Phantomschmerzen des Kapitals über den Verlust von Brüderchen Kommunismus bringt bereits ein wildes Stück von Jean-Pierre Vincent auf die Bühne des schon immer aufrührerischen Pariser Vororts Nanterre. In seinem Grab auf dem Londoner Friedhof Highgate sinkt Karl Marx jeden Tag unter der ungeheuren Last der Steintafel „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“ etwas tiefer in die Erde.

Nachts aber steht er munter aus der Grube auf und phantasiert seiner Haushälterin Helene Demuth etwas darüber vor, wie Onkel Wladimir Iljitsch (Lenin) und Onkel Josef Wissarionowitsch (Stalin) ihm Gift ins Ohr geträufelt hätten. Zum Glück steht immer einer mit der Schaufel bereit, um den alten Mümmelbart unter der Erde zu halten.

Nicht nur die imaginären Kapitalisten leiden darunter, daß ihr altböser Feind unwiederbringlich dahin ist. Nicht nur die idealistischen Sozialisten des Westens sind durch den realen Exitus des, wenn auch immer kritisch beargwöhnten, Gesellschaftsmodells im Osten um eine künftige Alternative gebracht. Auch die moderate Linke steht durch einen dummen Zufall der Geschichte ebenfalls ziemlich einsam vor einer kapitalistischen Zukunft.

Denn gleichzeitig mit dem sozialistischen Crash fällt wie ein finsternes Schicksal ein neues Monster über die westlichen Wirtschaften her: die Globalisierung. Der allgemeine Welt-Wettbewerb wirkt als der große Gleichmacher. Für sozialdemokratische Träume vom Wohlfahrtsstaat läßt er keinen Spielraum mehr. Es gibt, mit den Worten des mutmaßlichen SPD-Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder, „keine rechte oder linke Wirtschaftspolitik mehr, sondern nur noch eine moderne oder unmoderne Wirtschaftspolitik“.

In der Globalisierungs-Falle stecken die Grünen nicht weniger als die Roten. „Unter den Bedingungen der Globalisierung werden wir im Standortwettbewerb vieles von dem, was wir heute halten wollen, nicht halten können“, sagt etwa der Realo-Anführer Joschka Fischer.

Bei den Christdemokraten kämpfen die Sozialpolitiker um Norbert Blüm und Heiner Geißler auf verlorenem Posten gegen die Sparprogramme, die ihnen der CSU-Finanzminister Theo Waigel mit Verweis auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit aufdrückt.

Nur die FDP hat offenbar keine Probleme mit der neuen Weltordnung. „Was ist heute Globalisierung anderes als Marktwirtschaft international?“ fragt ihr Generalsekretär Guido Westerwelle. Eine bürokratische Staatswirtschaft, die über die Hälfte des Volkseinkommens vertilgt und



Abbruch von Industrieanlagen in Leuna (1991):

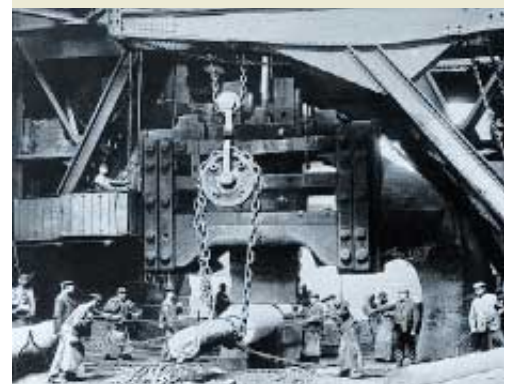
verteilt, habe die Funktion des Marktes verkrustet. Erst die Befreiung der Märkte, so das liberale Credo, bringe wieder Wachstum und Arbeitsplätze. So eine Marktwirtschaft sei dann ganz von selber sozial.

Die Zukunft des Kapitalismus ist gegenwärtig anscheinend seine Vergangenheit. „Die Rechte hat der Linken das revolutionäre Banner abgenommen“, stellt der ROLLING STONE-Redakteur William Greider in seinem dieses Frühjahr erschienenen Buch „One World, ready or not“ fest. „Politische Kräfte, die während der meisten Zeit des 20. Jahrhunderts als Reaktionäre

Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts

Konzerne und Kapitalisten

Die ersten deutschen Großunternehmen wie Krupp beim Stahl und Siemens in der Elektrotechnik konzentrieren Kapital und Produktion, treiben den technischen Fortschritt durch Entwicklungen wie den Elektromotor voran. Die Unternehmer herrschen über ihre Arbeiter als strenge, fürsorgliche Patriarchen.



Dampfhammer „Fritz“ bei Krupp in Essen 1862



G. WAGNER / BILDERBERG

Geht der siegreiche Kapitalismus an sich selber zugrunde?

beschrieben wurden – die Reichen und die Unternehmer –, werden nun als Progressive dargestellt, als die Reformer, die emsig die Zukunft gestalten.“

Die „Gruppe von Lissabon“, 19 umweltaußer Wissenschaftler aus Europa, USA und Japan unter der Schirmherrschaft des langjährigen sozialistischen Präsidenten Portugals, Mario Soares, stehen fassungslos vor der Frage: „Wie ist es möglich, daß ein Mittel, eine Verfahrensweise (Wettbewerb zwischen Firmen und Wirtschaftenden) zum obersten Ziel für alle ökonomischen Akteure und die gesamte Gesellschaft geworden ist?“

Es ist der späte Triumph einer ökonomischen Lehre, über die sich die etablierten Wirtschaftswissenschaftler jahrzehntlang nur lustig gemacht hatten – die Schule von Chicago. Einfach „zum Lachen“ fand Paul Samuelson, seit den vierziger Jahren Lehrmeister von Generationen junger Volkswirte, damals das 1962 erschienene Buch des Chicagoer Professors Milton Friedman mit dem programmatischen Titel „Kapitalismus und Freiheit“. 1991 aber erklärte die WASHINGTON POST Friedman und seine Kollegen zu den Gewinnern der Geschichte: „Der Kalte Krieg ist zu Ende, die Universität Chicago hat ihn gewonnen.“

Hier unterrichtete von 1950 bis 1962 der Sohn eines Wiener Botanikprofessors Sozialwissenschaften, weltweit nahezu unbeachtet: Friedrich August von Hayek, ein brillanter Analytiker, hatte sich in den dreißiger Jahren als Professor an der London School of Economics spitzzüngige Kontroversen mit John Maynard Keynes geliefert.

Der englische Lord hatte aus der Weltwirtschaftskrise die Erkenntnis gewonnen, daß Märkte keineswegs immer nach klassischer Lehre zu den besten Ergebnissen führen, sondern durchaus in einem „suboptimalen Gleichgewicht steckenbleiben“ können – mit der Folge von Arbeitslosigkeit und Stagnation. In solchen Fällen müsse der Staat die Wirtschaft mit zusätzlichen Ausgabenprogrammen ankurbeln, dafür auch ein Haushalts-Defizit in Kauf nehmen, das dann bei guter Konjunktur wieder zurückzuführen sei.

Hayek dagegen glaubte nicht, daß der Staat klüger sein könne als der Markt. Niemand könne wissen, was in den Köpfen anderer Leute vorgehe, lautete seine Psychologie der Ökonomie. Nur in den Marktpreisen sei das weit verstreute Wissen über die soziale Wirklichkeit gebündelt. Jede staatliche Einmischung in die Freiheit des Marktes verringere die Effizienz des Systems. Der sozialistische Kollektivismus sowieso, aber auch schon die keynesianischen Interventionen seien „Der Weg zur Knechtschaft“, wie er sein 1944 erschienenes politisches Hauptwerk betitelte.

„Der Fuchs weiß viele Dinge“, zitierte der Wiener mit Blick auf seinen Widersacher selbstgewiß ein altes Sprichwort, „aber der Igel weiß eine große Sache.“ Verbittert mußte Hayek jedoch zusehen, wie der Fuchs die ökonomische Wissenschaft und Wirklichkeit der Nachkriegszeit beherrschte und der keynesianische Wohlfahrtsstaat

zum Modell der Industrienationen wurde. Doch der Igel gab das Rennen nie auf. Anfang April 1947 versammelte Hayek im verstaubten Salon des Schweizer Hôtel du Parc hoch über dem Genfer See ein kleines Häufchen von 39 aufrechten Marktliberalen zum Kampf gegen die „Kollektivistischen“. In zäher, stiller Kleinarbeit wirkte der Orden vom Mont Pèlerin, wie sich die verschworene Gesellschaft nach ihrem Versammlungsort nannte, fortan in kleinen Zirkeln von Gelehrten und über journalistische „Zwischenhändler“ in Hayeks Sinn.

In Chicago wurde Milton Friedman der erfolgreichste Agent für Hayeks neoliberale Ideen. Der Sohn jüdischer Einwanderer aus Bessarabien – der früh verstorbene Vater Kaufmann, die Mutter Näherin – ist selber ein glänzendes Beispiel für den kapitalistischen amerikanischen Traum: „Ich bin die Inkarnation des Automatismus, der den Tüchtigen auch wohlhabend werden läßt.“ Aus den düsteren Industriequartieren von New Jersey stieg Friedman zum Nobelpreisträger für Wirtschaft 1976 auf.

Ganz wie Hayek ging ihm die Freiheit des Marktes über alles, nicht allein wegen der wirtschaftlichen Effizienz, sondern weil er die Werte dieses Systems verehrte: „Wahlfreiheit, Herausforderung, Risiko“. Sein Wahlspruch „money matters“ – Geld zählt – war sowohl praktisch wie theoretisch gemeint.

Mit seiner Geldtheorie griff Friedman die herrschende Lehre von Keynes an. Das berühmte „Deficit-spending“ des Staates in Zeiten schwacher Konjunktur behinde-



Bismarck im Reichstag 1888

Ende des 19. Jahrhunderts

Arbeiterbewegung und Sozialstaat

Die Industriearbeiter schließen sich in Gewerkschaften zusammen. Die Regierung verbietet die SPD (Sozialistengesetz). Bismarck reagiert auf den Druck der Arbeiterbewegung mit der Einrichtung von Kranken-, Invaliden- und Rentenversicherung.

re in Wahrheit das Wirtschaftswachstum, weil die öffentliche Kreditaufnahme letztlich die privaten Investoren auf den Kapitalmärkten verdränge. Nur eine regelmäßige Ausweitung der Geldmenge in Höhe der langfristig erreichbaren Wachstumsraten von zwei bis drei Prozent wirkt nach Friedmans Untersuchungen dauerhaft expansiv.

Für den Staat bleibt nicht mehr viel zu tun, als für dieses Geldmengen-Wachstum



Anti-Thatcher-Demonstration in London (1981): Die ökonomische Gegenrevolution wurde vom großen Geld gefördert

zu sorgen. Nur der Schutz des Privateigentums, die Landesverteidigung und ein gesichertes Lebensminimum für die Ärmsten sind für Friedman echte Staatsaufgaben.

Der Chicagoer Monetarist, wie er bald genannt wurde, schockte mit seiner radikalen Freiheitsdoktrin auch gute Konservative. Nicht nur die Löhne mußten sich völlig frei ohne die Gewerkschaften am Markt bilden – auch die staatlichen Führerscheine, Ärzte-Approbationen, die Sozialversicherungen, die Schulpflicht, das Abtreibungsverbot und sogar die Drogengesetze will der Professor abschaffen. Das alles sind für ihn „letztlich sozialistische Lösungen für die Produktion und Verteilung“.

Erst fand Friedman mit seiner extremen Lehre nur beim chilenischen Diktator Augusto Pinochet Anklang, den seine „Chicago Boys“ berieten. Dann setzten Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in England das Gedankengut der Chicago School in die politische Praxis um. Hayek und die Lady fanden besonderes Gefallen aneinander. „Sie ist schön“, sagte der damals 76jährige nach einem Treffen 1975, und die Schöne erklärte sein Werk „Die Verfassung der Freiheit“ zur Bibel der Tories: „Daran glauben wir.“

Da hatte die stille, aber hartnäckige Arbeit der Gesellschaft vom Mont Pèlerin, inzwischen auf 500 Mitglieder angewachsen, ihre Wirkung getan. Von den siebziger Jahren an beherrschte der Neo-

liberalismus auch die ökonomische Wissenschaft. Acht Wirtschafts-Nobelpreisträger gingen seit 1976 aus der Chicago-Schule hervor.

Vieles an Hayeks und Friedmans Programmatik entsprach einfach dem Interesse und der schlichten Ideologie vieler Unternehmer: die Freigabe der Löhne, die Entmachtung der Gewerkschaften, die Steuersenkungen und überhaupt das Zurückdrängen des Staates, der sich mit Vorschriften für alles und jedes in die Geschäfte einmischte. Die ökonomische Gegenrevolution wurde denn auch vom großen Geld kräftig gefördert, wie der Bri-

te Richard Cockett in seiner Studie „Das Undenkbare denken“ zeigte.

Doch die eingängige These von der Verschwörung zwischen Wissenschaft und Wirtschaft erklärt den Erfolg der radikalen Marktwirte nur unzureichend. Es hatten sich eben auch die wirklichen Verhältnisse zu ihren Gunsten verändert. Nicht so sehr Friedmans Geldtheorie – die praktischen Erfahrungen entzauberten in den siebziger Jahren den Keynesianismus.

In der Bundesrepublik wie in vielen anderen Industrieländern nahmen Arbeitslosigkeit und Inflation zu, wuchs die Wirtschaft trotz steigender Staatsdefizite nur noch mäßig bis gar nicht. Gewiß, kein Staat hatte das Rezept des Lord Keynes ganz nach Vorschrift angewandt: nämlich seine Schulden nach dem Anspringen der Konjunktur wieder zurückgezahlt. So türmten sich mit den höheren Defiziten immer mehr Zinslasten auf und ließen immer weniger Raum für beschäftigungswirksame öffentliche Investitionen.

Einen besonders bizarren Erfolg hatten Friedmans Ratschläge in den USA. Präsident Ronald Reagan senkte die Steuern, ohne die Ausgaben entsprechend zu kürzen. So kam das Land zu einem der größten Deficit-spending-Programme seiner Geschichte. An den Schulden von 1700 Milliarden Dollar trägt die Regierung Clinton noch heute.

Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts

Imperialismus und internationaler Handel

Die Weltwirtschaft ist verflochten wie nie, doch die Macht ist einseitig verteilt. Die alten Staaten Europas beuten ihre Kolonien aus und konkurrieren untereinander um die wirtschaftliche Vorherrschaft.



Deutscher Kolonialherr in Togo um 1885

Krieg und Weltwirtschaftskrise

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg treibt das verschuldete Deutsche Reich in eine gigantische Inflation, die nur durch eine Währungsreform beendet werden kann. Die Weltwirtschaft gerät in eine Krise der Überproduktion, die durch staatliche Sparpolitik und einen internationalen Abwertungswettlauf verschärft wird; in Deutschland sind sechs Millionen Menschen arbeitslos.



Arbeitslose in Berlin um 1930

Noch eine andere Entwicklung kam den Monetaristen zunächst ohne ihr Zutun zu paß. Anfang der siebziger Jahre brach das internationale System fester Wechselkurse zusammen, das seit der Tagung im amerikanischen Ostküsten-Städtchen Bretton Woods 1944 die Währungen der westlichen Industriestaaten unter Führung des US-Dollars reglementiert hatte. Die Kosten des Vietnamkriegs hatten die Leitwährung demoliert.

Mit der Freigabe der Kurse zwischen den Währungen begann die große Zeit für internationale Finanzmarkt-Spekulationen – der Beginn der neuen Globalisierungs-Welle. Unter dem wachsenden Einfluß der Monetaristen wurden die Kapitalmärkte immer weiter von Beschränkungen befreit, die Steuerung durch eine nationale Fiskalpolitik verlor damit immer mehr an Wirkung.

So schuf sich der Feldzug für die Deregulierung der Märkte schließlich selber den endgültigen Beweis, daß mit Keynes kein Staat mehr zu machen war: Bei offenen Finanz- und dann auch Handelsschranken voraussetzen nationale Konjunkturprogramme im Nirwana des Weltmarktes.

Die „unsichtbare Hand“ des Marktes hat nunmehr fast die ganze Welt fest im Griff. Vom Globus gewischt hat sie nicht nur die sozialistische Alternative. Vom stürmischen Erfolg weggeweht sind auch alle Einwände gegen die wackligen theoretischen Grundlagen des marktwirtschaftlichen Systems, die nicht nur Marxisten, sondern Generationen von klassischen Nationalökonomien entwickelt hatten.

Ausgerechnet George Soros, einer der größten Profiteure der Globalisierung, hat die zweifelhaften Annahmen der Markttheoretiker nun wieder in Erinnerung gerufen: „Die Ideologie des Laissez-faire ist ebenso eine Perversion angeblich wissenschaftlicher Wahrheiten wie der Marxismus.“ Die Aussage, daß freie Märkte durch Wettbewerb Angebot und Nachfrage ins Gleichgewicht bringen und die Ressourcen wie Kapital und Arbeit optimal zuordnen, so der Finanzspekulant, „besitzen für die reale Welt keine Geltung“.

Das Mittel, mit dem diese Zuordnung erfolgen soll, sind die Preise. In ihnen drücken sich nach der Theorie des Marktes die Wertschätzungen und Präferenzen der Käufer und Verkäufer aus. Doch gerade diese grundlegenden Elemente, so der Professor am Massachusetts Institute of Technology (MIT), Lester Thurow, sind „das schwarze Loch des Kapitalismus“.

Wie Präferenzen entstehen und sich in Preisen ausdrücken, blenden die Markttheoretiker einfach aus. Daß Konsumenten durch Werbung beeinflussbar sind oder ihre Präferenzen mangels Kaufkraft am

Markt nicht zur Geltung bringen können, wird die Verfechter der reinen Marktlehre noch am wenigsten stören.

Eher schon könnte die Märkte und ihre Verfechter der Umstand aus dem Gleichgewicht bringen, daß Marktteilnehmer in einem „zweiseitigen Rückkopplungsmechanismus“ ihre jeweiligen Erwartungen über das Verhalten der anderen in ihre Entscheidungen einfließen lassen, wie es Soros besonders auf den ihm vertrauten Finanzmärkten beobachtet hat: Einer denkt, was der andere denkt, daß jener denken könnte, wie er selber wohl denkt.

Diese wirren gegenseitigen Erwartungen führen nicht unbedingt zum Gleichgewicht der Märkte, so Soros, sondern zu Instabilität und Chaos. „Der Markt kann die Zukunft nicht richtig einschätzen“, stellt auch die „Gruppe von Lissabon“ in ihrem Memorandum „Die Grenzen des Wettbewerbs“ fest, „er ist natürlicherweise kurz-sichtig.“

Das folgt nicht nur aus Soros' „Reflexivität“ der Erwartungen, sondern auch aus dem kaufmännischen Rechnungswesen. Zukünftige Erträge und Kosten werden für die Kalkulation in der Gegenwart abgezinst – je weiter weg etwas vermutlich in der Zukunft liegt, desto geringer sein Wert in heutiger Rechnung. Das kann bei Ereignissen mit irreparablen Folgen, wie zum Beispiel Umweltschäden, zu fatalen Fehleinschätzungen führen.

Allerdings, was gar nicht erst in die unternehmerische Kostenrechnung eingeht – wie zum Beispiel viele Schäden an Mensch und Natur –, wirkt sich auch nicht auf die Optimierungsaktionen des Marktes aus: Das sind die externen Kosten, die in der reinen Marktlehre draußen vor bleiben. Das freie Spiel der Kräfte ist in solchen Fällen ein Zerrbild der Realität.

Der Dogmatismus des neuen, alten Kapitalismus, so verkündet der Spekulant Soros mit dem Fanatismus des Konvertiten, ist eine öffentliche Gefahr. „Der wichtigste Feind der offenen Gesellschaft ist nicht länger die kommunistische, sondern die kapitalistische Bedrohung.“ Der Angriff aus

dem Inneren des Finanzkapitals hatte „Mann-beißt-Hund-Qualität“, freute sich der ATLANTIC MONTHLY-Redakteur William Whitworth über seinen Autoren.

In Frankreich brachte es die Romanautorin und Literaturkritikerin Viviane Forrester mit ihrem anti-kapitalistischen Pamphlet „L'horreur économique“ immerhin zu einer Bestseller-Auflage von über 300 000 Exemplaren: „Die transnationalen ökonomischen Netze beherrschen mehr und mehr die Staatsmächte und bilden eine Art Nation jenseits jeglichen Landes und jeder Regierungsinstitution.“

Die Deutschen äußern sich, außer in letzten linken Sekten, zumeist moderat zu den neuen Kapital-Verhältnissen. Die beiden großen Kirchen rangen sich in ihrem Sozialwort allenfalls zu frommen Wünschen durch wie „Reichtum muß ein Thema der gesellschaftlichen Debatte sein“.

Für den Zusammenhalt einer Gesellschaft kann das freie Spiel der Kräfte des Marktes riskant werden. „Wie weit kann die Ungleichheit gehen und der Reallohn sinken, bevor etwas auseinanderbricht in einer Demokratie?“ fragt MIT-Professor Thurow in „Die Zukunft des Kapitalismus“.

„Wenn der Kapitalismus nicht einer Mehrheit der Beteiligten steigende Real-einkommen zukommen läßt, während der



Ford-Fabrik in den USA 1927

Anfang des 20. Jahrhunderts

Die zweite industrielle Revolution

Die Einführung des Fließbands und der extremen Arbeitsteilung – zuerst in der amerikanischen Industrie – führen schlagartig zu einem enormen Anstieg der Produktivität. Güter der Elektro-, Chemie- und Autoindustrie schaffen neue Absatzmärkte.

gesamte wirtschaftliche Kuchen größer wird“, vermutet Thurow, „wird er nicht lange auf die politische Treue der Mehrheit der Bevölkerung zählen können.“

Mit einer Arbeitslosenquote von 11 Prozent scheinen die Deutschen wie auch der Durchschnitt der EU-Länder nun auf dem Weg in den Treuetest. Überall in den Fabriken der Industrieländer nimmt die Automatisierung zu und die Arbeit ab.

VW brauchte für die Fertigung von 1,2 Millionen Autos 1991 noch 200 Millionen

Stunden, im Jahr 2001 werden es nur noch halb so viele sein. 1960 waren in Deutschland noch 40 Erwerbstätige nötig, um Waren und Dienstleistungen im Wert von einer Million Mark herzustellen, 1990 schon reichten weniger als 10 Beschäftigte dafür aus. Percy Barnevik, Ex-Chef des schweizerisch-schwedischen Elektrokonzerns ABB, schätzt, daß in 20 Jahren statt 35 nur noch 15 Prozent aller Arbeiter Europas in der Industrie tätig sein werden.

Die Hoffnung, daß die neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und Dienstleistungen die Industriearbeiter aufnehmen könnten, ist trügerisch. Chips und Computer, die schon in den traditionellen Industrien die Arbeit wegrationalisierten, automatisieren auch ihre eigene Branche. Der marktführende Software-Hersteller Microsoft beschäftigt bei einem Umsatz wie ThyssenStahl nur halb so viele Leute.

Die Wachstumsbranche der Bank- und Finanzdienstleistungen kann auch keine Arbeitslosen aus schrumpfenden Industrien aufnehmen – sie baut dank der modernen Kommunikationsnetze selber gerade massenweise Arbeitsplätze ab. Die Devise, Stahlwerker zu Computerexperten umzuschulen, meint der US-Autor Greider, sei ohnehin die „High-Tech-Version“ des verhängnisvollen Ratschlags von Marie-Antoinette an ihr Volk am Vorabend der Französischen Revolution: „Wenn sie kein Brot haben, dann laßt sie doch Kuchen essen.“



Hitler bei Autobahneinweihung 1935

Seit 1930

Staat und Kapitalismus

Die Lehre aus der Weltwirtschaftskrise ist für die meisten kapitalistischen Staaten ein verstärktes Eingreifen in die Wirtschaft. In den USA kurbelt Präsident Roosevelt die Konjunktur mit den Ausgabenprogrammen des New Deal an, in Deutschland baut Hitler Autobahnen und schafft Arbeitsplätze in der Rüstung.

Damals, zum Beginn der bürgerlichen Revolution, die zugleich auch eine industrielle war, brachte eine technische Innovation den Kapitalismus hervor, die Dampfmaschine. Doch dann kehrte sich die Dynamik um: Das Kapital verlangte nach immer neuen Erfindungen, um Arbeit durch Maschinen zu ersetzen.

Im globalen Wettbewerb verstärkt sich dieser dem System eigene Druck noch um ein Vielfaches: Die Produktivität muß durch immer höhere Kapital-Investitionen in die Technik verbessert werden, um ge-



1948 bis 1966

Wirtschaftswunder Deutschland

Die Großindustrie, die mit den Nazis kooperiert hatte, wird nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst zerschlagen, doch im Kampf gegen den Kommunismus stützen die USA bald die Deutschen mit Marshallplan-Milliarden. Die Einführung der D-Mark und Ludwig Erhards soziale Marktwirtschaft begründen eine Phase hohen, steten Wachstums. Mit den Studentenunruhen der 68er wird der Nachkriegs-Kapitalismus erstmals grundsätzlich in Frage gestellt.

gen die Konkurrenz der Niedriglohnländer den Anteil der Arbeitskosten an der eigenen Produktion so weit wie möglich zu senken.

Das führt in den fortgeschrittenen Industriestaaten schließlich zu einer krassen Arbeitsteilung. Eine kleine Schicht von hochqualifizierten Wissensarbeitern hält den hochmodernisierten Betrieb der kapitalistischen Produktion am Laufen – Manager, Forscher, Ingenieure, Facharbeiter, Banker, Juristen, Steuerberater, Computer-Spezialisten und die Kommunikations-Experten in Werbung und Medien. Für den Rest bleiben niedere Dienste, die sich nicht automatisieren lassen – und der unvermeidliche Reparatur-Service des Systems wie Ärzte, Psychiater und Pfleger.

Der ehemalige Arbeitsminister der Clinton-Regierung, Robert Reich, hat für die neue Super-Klasse den Begriff „Symbolanalytiker“ geprägt und schätzt, daß dieses oberste Fünftel zusammen schon mehr verdient als der Rest der Bevölkerung in den USA.

Diese minderbezahlte Mehrheit ist anscheinend fast schon überflüssig für die Reproduktion des Systems. „Zum erstenmal ist die Masse der Menschen nicht mehr materiell notwendig“, stellt die französische Kritikerin des „ökonomischen Horrors“, Viviane Forrester, empört fest.

Bis auf eine Kleinigkeit. Es sind, wie schon Bert Brechts Fleischkönig Mauler in „Die Heilige Johanna der Schlachthöfe“ wußte, diese vielleicht niedrigen, überflüssigen, lästigen – Käufer.

„Reflexiv gewitzte Spätpätkapitalismustheoretiker(innen)“, mutmaßt daher der Münchner Soziologe Ulrich Beck, könnten „sich daranmachen, den Krisentheorien neues Leben einzuhauchen“. Denn wenn die minderbemittelte Masse

sich die Produkte des hochproduktiven obersten Fünftels gar nicht mehr leisten kann, könnte wirklich noch jene „Überproduktions-Krise“ ausbrechen, die Marxisten bisher immer vergebens dem Kapital weisagten.

Wenn sich jedoch aus der Geschichte des Kapitalismus eine Tendenz für die Zukunft ableiten läßt, dann diese banale Weisheit: Es kommt immer anders, als man denkt. Die Überlegenheit und Überlebensfähigkeit des Systems ist fern aller dogmatischen Wissen-

schaften die fast schon grenzenlose Anpassungsfähigkeit an veränderte Verhältnisse: Das Kapital ist ein Chamäleon.

Die noch führenden Industriestaaten des Westens sind in einer unübersichtlichen Übergangsphase, die für viele Möglichkeiten offen ist. Noch existiert die Gesellschaft der Symbolanalytiker mehr in den Köpfen ihrer avantgardistischen Analytiker als in der Realität. Möglich, daß sich die entwickelten kapitalistischen Länder noch lange Zeit nach dem Beispiel der USA durchwursteln und ihr eigentlich überzähliges Personal mit Jobs der McWorld mehr schlecht und nicht recht durchfüttern.

Doch irgendwann im 21. Jahrhundert könnte „Das Ende der Arbeit“, das der amerikanische Journalist Jeremy Rifkin in seinem Bestseller von 1995 schon ausrief, tatsächlich anfangen. Dann gibt es ein Problem: „Wir brauchen Alternativen zur Erwerbsarbeit, um die Kraft und das Talent zukünftiger Generationen nicht brachliegen zu lassen.“

Der bisher besonders in Deutschland so beliebte Ausweg der Arbeitszeitverkürzungen ist dann wahrscheinlich ohnehin an seinem Ende angekommen. „Es geht längst nicht mehr um die Umverteilung von Arbeit“, stellt schon jetzt der Soziologe Beck fest, „sondern um die Umverteilung von Arbeitslosigkeit.“

Unter dem Diktat des Marktgesetzes ist es jedenfalls nicht effizient, die Arbeitszeit der hochqualifizierten Wissenswerk-tätigen auf 32, 22 oder gar 12 Wochenstunden zu begrenzen. Doch auch für die individuelle Lebensgestaltung ist dieses Modell fragwürdig: Wie sinnvoll ist es, sich bis in das vierte Lebensjahrzehnt unter Kosten und Mühen auf eine Berufstätigkeit vorzubereiten, die dann nur ein paar Wochenstunden ausgeübt werden kann?

Viel spricht also dafür, daß die neue Überklasse der Wissenden ihre Arbeit nicht mit dem Rest teilen wird. Aber wenigstens vom Kapital könnten die Überflüssigen doch etwas abkriegen. „Die Vision ist nicht ohne Reiz“, meint etwa das MANAGER MAGAZIN, „Daimler und Hoechst produzie-



D. LANIER / GAMMA / STUDIO X

Markt-Politikerin Thatcher (1992): *Wie weit darf Ungleichheit in der Demokratie gehen?*

ren, wo immer es am billigsten ist, während die Deutschen als Volk von Aktionären angenehm von global erwirtschafteten Dividenden und Kursgewinnen leben.“

Doch dieser Traum eines Volkskapitalismus ist so fern wie die sozialistische Utopie. Zwei Millionen deutsche Arbeitnehmer halten 15 Milliarden Mark Kapital an den Unternehmen, in denen sie beschäftigt sind – im Schnitt hat jeder einen Anteilswert von 7500 Mark. Am gesamten Produktivvermögen sind die Belegschaftsaktionäre im Promillebereich beteiligt – aber fünf Prozent der Haushalte besitzen 50 Prozent des Firmenkapitals. Bei diesem Ungleichgewicht ist jedes Programm, mit dem das Volk einen nennenswerten Anteil am Kapital erhalten könnte, eine Revolution der Umverteilung.

Aber was sollen die übrigen dann noch machen?

Es ist noch viel zu tun. „New Work“ – Neue Arbeit – gibt es zum Beispiel schon im Zentrum der amerikanischen Autoindustrie, unweit der Schule von Chicago. 1984 begann General Motors sein Werk in Flint bei Detroit nach allen Regeln der Technik zu modernisieren. Die Hälfte der Arbeiter in dem Ort, der ganz von der Fabrik abhing, wäre arbeitslos geworden. Doch gemeinsam mit dem Konzern und den Gewerkschaften organisierte ein Philosophie-Professor aus Österreich, der einst über Hegel promovierte, ein neues Modell. Frithjof Bergmann schlug vor, die Arbeit

der Leute von Flint in drei Einheiten zu teilen: „Zwei Tage wird regulär gearbeitet, zwei Tage der Woche widmet man dem ‚high-tech self providing‘, also der Selbstversorgung auf hohem technischen Niveau, und an zwei Tagen tun die Leute das, was sie immer schon wirklich wollten.“

New Work ist zunächst ein Modell der Teilzeitarbeit – es soll dreimal so vielen Menschen eine reguläre Erwerbsarbeit verschaffen wie bisher. Doch der eigentlich originelle Ansatz ist die hochtechnisierte Eigenarbeit.

In der heruntergekommenen Innenstadt von Detroit, so der Plan, renovieren arbeitslose Schwarze und alleinstehende Mütter, die bisher von der Sozialhilfe leb-

ten, ihre Apartmentgebäude und ziehen sogar mit modernsten Maschinen und ökologischen Materialien Häuser mit 18 bis 20 Stockwerken hoch. Der Einsatz von „Schweiß-Kapital“, so Bergmann, wird durch niedrige Mieten oder Teileigentum belohnt.

Oben auf den Dächern züchten die New Worker dann Blumen oder Gemüse in stapelbaren Biotonnen mit wachstumsfördernden Pflanzensubstraten. Andere stellen mit hochentwickelter Software und modernsten Nähmaschinen ihre eigenen Kleider, Lederjacken oder Schuhe her.

Die Modellprojekte finanzieren zum Teil die Firmen, die diese Leute entlassen haben, und Programme der Gewerkschaften. Doch das Ziel ist, daß sich die Neuwerker mit Erwerbs- und Eigenarbeit selbst unterhalten können.

„Technologie, richtig angewandt, könnte die Menschen außerordentlich unabhängig machen“, glaubt Bergmann und sieht eine Überflüßgesellschaft neuer Qualität kommen: „Eine viel größere Zahl von Menschen würde in jeder Hinsicht kreativere, innovativere und autonomere Arbeit leisten – das Ergebnis ist Reichtum im Überfluß.“

Diese schöne, neue Werk-Welt riecht stark nach Utopismus. Und doch hat sich schon jetzt ein Teil der Arbeitswelt von der kapitalistischen Produktionsweise unauffällig abgekoppelt. In Deutschland etwa sind nicht nur schät-

Sonntagsfahrverbot im November 1973



Ab 1973

Ölkrise und Ökowelle

Die drastische Erhöhung der Ölpreise durch die OPEC-Erzeugerländer leitet eine Abschwächung der Wachstumsphase ein. Zugleich beginnt die Diskussion über die Grenzen des Wachstums einer auf ständigen Produktivitäts- und Konsumfortschritt aufgebauten Wirtschaftsordnung.

M. VOLLMEIER



Elendsquartier, Geschäftsviertel in Rio de Janeiro: Im globalen Wettbewerb verstärkt sich der Druck des Kapitalismus

zungsweise sechs Millionen Schwarzarbeiter am Werk. Oft Hand in Hand mit ihnen bauen und bosseln nach Feierabend Millionen Bürger an Häusle, Auto oder Schrankwand. Am Wochenende boomt eine neue Baumarkt-Wirtschaft, drehen sich von Schwäbisch Hall bis Schwerin die Betonmischmaschinen.

Doch nicht nur der Eigennutz im Eigenheim hat Konjunktur. 12 bis 15 Millionen Deutsche sind ehrenamtlich im selbstlosen Einsatz für ihre Mitbürger, rechnen die wohltätigen Verbände stolz vor. In 200 bis 300 Millionen Stunden jährlich leisten die freiwilligen Helfer der Menschheit Arbeit im Wert von 50 bis 130 Milliarden Mark, die nirgendwo das amtliche Bruttozialprodukt mehren. Auch wenn da Kaninchenzüchter- und Sportvereine großzügig mit eingerechnet sind, der Einsatz für die anderen ist beachtlich. 2,65 Millionen Menschen kümmern sich nach einer Studie für das

Bundesfamilienministerium zum Beispiel in rund 70 000 Selbsthilfegruppen um Behinderte, Alte, Alleinerziehende oder psychisch Kranke.

Soziale Dienste sind bei einer wachsenden Zahl von alten Menschen ein Geschäft mit Zukunft – die kommerziellen Pflegedienste kassieren jedoch mächtig ab. Die Selbsthilfegruppen dagegen arbeiten weit effektiver. Nach einer Untersuchung der Technischen Universität München spart jede Mark in der Selbsthilfe drei Mark im von Staat und Kassen finanzierten Gesundheitswesen.

Viele Tätigkeiten in diesen sozialen und kulturellen Ehrenämtern sind sinnvoller als so mancher McJob. Intelligent organisiert

und mit der Arbeit von Profis kombiniert, könnte hier das wirkliche Wachstumsfeld für neue Beschäftigung liegen – wenn denn auch ein Einkommen damit zu erzielen wäre und nicht bloß ein Ehrensold.

Denn der Nutzen der Uneigennütigen für die Marktgesellschaft gilt am Markt bisher nichts.

Markt und Moral zusammenzubringen ist dennoch nicht unmöglich. Die Mobilisierung der willigen Helfer kann professionell gesteuert werden, wie es nach niederländischem Vorbild Dutzende von „Freiwilligen-Agenturen“ nun auch in Deutschland versuchen. Ihre Devise lautet, wie etwa in Bremen: „Ohne Geld, aber nicht umsonst“.

Das Ziel ist, freiwillige Tätigkeiten als Anspruch für zusätzliche Rentenzahlungen oder Sozialleistungen aufzuwerten.

Und alles ohne Geld? Umsonst ist dieses Modell nicht. Letztlich müssen die noch Erwerbstätigen zumindest einen Teil ihres Einkommens für jene abgeben, die sich mit solchen ehrenwerten Aufgaben beschäftigen.

Kommt also die Klassengesellschaft in anderer Gestalt wieder, wie der Risikofachmann Beck befürchtet? „Es entsteht eine neue tiefe Kluft zwischen den Arbeitsplatz- und Produktionsmittelbesitzern einerseits und dem wachsenden Heer der nicht mehr ausgebeuteten Nicht(erwerbs)arbeitenden andererseits.“

Wer weiß. Bei Prognosen über die Zukunft des Kapitalismus kann man gar nicht vorsichtig genug sein. ♦



Chip-Produktion in Japan 1996

Neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts

Globales Kapital

Fernsehen, Computer und die weltweiten elektronischen Netze beschleunigen den internationalen Informationsaustausch. Das Kapital trennt sich immer mehr von den nationalen Produktionsstandorten und fließt in Finanztransaktionen um die Welt. Der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten, der zunehmende globale Wettbewerbsdruck und die wachsende Verschuldung der Staaten führen zu einer Abkehr vom Modell des Wohlfahrtsstaates.